



BDB

Berufspolitische Positionen 2025

Der BDB entwickelt seine berufspolitischen Positionen regelmäßig weiter. Zuletzt hat er auf dem Baumeistertag 2025 in Potsdam Forderungen diskutiert und verabschiedet.

Wir gestalten Zukunft durch Wandel, Verantwortung und Zusammenarbeit

Mit der **Potsdamer Erklärung zum Deutschen Baumeistertag 2025** bezog der BDB klar Stellung zu den Herausforderungen unserer Zeit. Sie ist ein Aufruf an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – und an uns selbst als planende und gestaltende Kräfte –, mehr Verantwortung zu übernehmen und den Wandel aktiv zu gestalten. Planen und Bauen befinden sich ständig im Wandel. Ausbildung, Planung und Berufspolitik müssen Schritt halten – und sich ebenfalls verändern. Die Aufgaben unserer Zeit – vom Klimaschutz über die Wohnraumkrise bis hin zur Erneuerung unserer Infrastruktur – verlangen ein Umdenken in allen Bereichen der Baupraxis. Alle Beteiligten sind gefragt: Wir brauchen einen positiven Mentalitätswechsel! Statt bequem in einer permanenten Gegenwart zu verharren, braucht es Mut zum Umdenken, neues Engagement und echte Zusammenarbeit – von Anfang an. Die berufspolitischen Positionen des BDB greifen die Kernforderungen der Potsdamer Erklärung auf. Sie bündeln Handlungsfelder, geben Orientierung – und fordern konkretes Handeln von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Berufsstand.

Wir schützen unsere gebaute Umgebung, Menschen und das Klima

Klimaschutz ist überlebenswichtig. Er erfordert nicht nur technologische Innovation, sondern einen Mentalitätswechsel im gesamten Baugeschehen. Mit dem **Klimabauplan des BDB** haben wir bereits im Jahr 2021 einen Werkzeugkasten geschaffen, um den ökologischen Umbau der Branche zu ermöglichen. **Resilienz** muss im Bauplanungs- und Bauordnungsrecht stärker verankert, **interdisziplinär und intersektional** gedacht werden, um den bereits spürbaren Veränderungen besser begegnen zu können. Demokratie braucht eine resiliente Bevölkerung; dafür ist es staatliche Pflicht, kritische Infrastrukturen krisensicher zu machen. Planerinnen und Planer identifizieren Schlüsselstellen für staatliches und gesellschaftliches Handeln.

Zum Schutz vor Extremwetter, Angriffen und Katastrophen fordert der BDB ein **flächendeckendes Schutzraumkataster**, um bauliche Resilienz gezielt zu planen und im Ernstfall handlungsfähig zu bleiben. Angesichts des Klimawandels soll eine **wassersensible Siedlungsentwicklung** gefördert werden, etwa durch Speicherung, Versickerung und Nutzung von Regenwasser, angepasst an regionale und bauliche Gegebenheiten. Wasser ist Ressource, kostbares Gut und potenzielle Gefahr zugleich.

Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit sind vereinbar. Wärmewende, Energiesicherheit und Bauwertschöpfungskette müssen gemeinsam gedacht werden. Der BDB fordert CO₂-basierte Ansätze statt reiner Energieeffizienz, den Bau von Speicher- und Umwandlungsanlagen bei

Windkraftstandorten mit einheitlichen Bauvorschriften sowie die Stärkung von Materialkreisläufen durch ein einheitliches Cradle-to-Cradle-Zertifikat.

Umbau ist zu priorisieren, gleichwohl sind Sanierungen und Neubauten im Wohnungs- und Infrastrukturbereich nötig. Klima- und Gebäude-Resilienz sollen kombiniert werden. Der BDB fordert CO₂-neutralen Beton in öffentlichen Ausschreibungen und eine Ausrichtung von Förderprogrammen auf CO₂-Neutralität.

Wir möchten, dass Wohnen bezahlbar bleibt

Der Mangel an für Menschen mit niedrigem Einkommen bezahlbaren Wohnungen vor allem in den Ballungsgebieten birgt sozialen Sprengstoff. Notwendig ist der **Bau von jährlich 400.000 neuen Wohnungen**. Zur Zielerreichung im Bereich des bezahlbaren Wohnungsbaus fordert der BDB eine verbindliche **Investitionszusage in Höhe von mindestens 15 Mrd. Euro jährlich**. Zusätzlich sind steuerliche Anreize zu schaffen, um privates Kapital für den sozialen und bezahlbaren Wohnungsbau zu mobilisieren. Das einfache Bauen mit reduzierten Standards kann den zum Teil überzogenen Anforderungen beim Planen und Bauen entgegenwirken, wird jedoch insbesondere ohne hinreichende Rechtssicherheit nicht der erhoffte ‚Game-Change‘ sein. Auch bei Nichtwohngebäuden gilt es zu einer Vereinfachung zurückzufinden. So gilt es, **die Technischen Regeln für Arbeitsstätten (ASR) abzuschaffen** und durch ein flexibleres, praxisnahes Regelwerk zu ersetzen, das sich auf essenzielle Sicherheitsaspekte beschränkt. Die Bundesländer sind noch stärker in die Pflicht zu nehmen, die ihnen zugewiesenen Mittel für den Wohnungsbau aufzustocken und zweckentsprechend zu verwenden.

Die Grunderwerbssteuer und temporär auch die Grundsteuer sollte reduziert werden. Die Landesbauordnungen sind durch eine Bundesbauordnung abzulösen, zumindest aber zu vereinheitlichen.

Entscheidend für die Ankurbelung des Wohnungsbaus sind Planungssicherheit und **ausreichend dimensionierte Fördertöpfe**, die nicht nach Stunden oder Tagen ausgeschöpft sind.

Der modulare bzw. serielle Wohnungsbau hat bislang keinen signifikanten Beitrag zur Beschleunigung oder Kostensenkung geleistet. Beim standardisierten Bauen ist darauf zu achten, dass es nicht an den Bedürfnissen der Menschen nach einer lebendigen und lebenswerten baulichen Umgebung vorbeigeht. Ein **gewisser Grad an Vorfertigung** kann jedoch, beispielsweise im Holzbau, den Einsatz von Ressourcen optimieren.

Wir stärken die Baukultur

Die gebaute Umwelt beeinflusst Wohlbefinden, Entwicklungsmöglichkeiten und soziale Interaktion der Menschen. Durch ihre Gestaltung mittels Stadtplanung und Architektur hinterlassen wir den kommenden Generationen ein bauliches Erbe mit lokalen und regionalen Eigenheiten. Dieses Erbe zu bewahren und zu pflegen ist ebenso wichtig wie die Anpassung an neue Anforderungen und Entwicklungen. Daher setzen wir uns auch dafür ein, dass architektonisch und ingenieurtechnisch herausragende, zeitgeschichtlich bedeutende Bauwerke, erhalten bleiben. Darüber hinaus ist die **Gestaltungsqualität insbesondere im Verkehrswegebau** auf Bundes- und Landesebene stärker in den Fokus zu nehmen. **Kooperation statt Konfrontation** ist das Gebot der Stunde.

Der BDB setzt sich für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Bauaufsichten ein. Eine **lösungsorientierte Genehmigungskultur und transparente Abstimmungsverfahren** sollen das Bauordnungsrecht künftig als Ermöglichungsrecht verstehen und praktizieren.

Wir kämpfen für den Erhalt der HOAI und stehen für die Qualität der Planung

Die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) bietet den Rahmen für die angemessene Honorierung der Architekten- und Ingenieurvertragsleistungen. Die Mindest- und Höchstsätze der HOAI geben Bauherren Kalkulationssicherheit. **Die Mindestsätze der Honorarordnung schützen vor Preisdumping** und einem Verfall der Planungsqualität. Die HOAI mit ihren Orientierungswerten sollte daher weiterhin vertraglich vereinbart werden. Die öffentliche Hand hat in diesem Zusammenhang eine Vorbildfunktion.

Die HOAI muss auf den Stand der heutigen Anforderungen gebracht werden. Der BDB fordert, dass die **Novellierung der HOAI weitergeführt wird** – basierend auf dem Wirtschaftsgutachten und den Vorarbeiten aus der letzten Legislaturperiode. Themen wie Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Bauen im Bestand und die Anpassung der Honorare müssen noch stärker in den Mittelpunkt gerückt werden.

Die **Planungsverantwortung** in der Architektur, dem Bauingenieurwesen und der Bauleitplanung muss ausschließlich den hierfür aufgrund eines einschlägigen Studiums qualifizierten und erfahrenen Planenden vorbehalten bleiben.

Wir fordern, dass einfaches Bauen einfacher möglich gemacht wird

In den letzten Jahren und Jahrzehnten hat sich die Zahl der Normen und Standards beim Planen und Bauen immer weiter erhöht. Neben gesetzlichen Standards betrifft das auch die Industrie-Standards des DIN und anderer. In vielen Nachbarländern zeigt sich, dass auch mit reduzierten Anforderungen qualitativ hochwertig sowie sicher geplant und komfortabel gewohnt wird.

Es sind daher die Bedingungen dafür zu schaffen, um normreduziert und sicher zu bauen. Planerinnen und Planern sind dabei zu unterstützen. Der rechtliche Rahmen ist zu schaffen, um Haftungsfallen zu vermeiden. Anforderungskataloge mit verzichtbaren Standards ohne Abstriche bei der Bauwerkssicherheit mit den entsprechenden Kostenvorteilen sind zu erarbeiten. Die **Verantwortung des Planenden** ist zu stärken. Das Haftungsrisiko einer **nicht-angemessenen gesamtschuldnerischen Haftung der Planenden** für Ausführungsfehler auf der Baustelle ist zu reduzieren.

Wir gestalten die Zukunft und führen den Baumeister ins digitale Zeitalter

BIM ist die ideale Methodik des integralen und wirtschaftlichen Planens, Bauens und Betriebs. Erforderlich ist die Etablierung einer neuen Planungskultur, die die Zusammenarbeit der Beteiligten fördert und auf Kooperation statt auf Konfrontation setzt.

Um durchgängig digitale Prozesse zu ermöglichen, sind auch in der öffentlichen Verwaltung die Bedingungen für das umfassende digitale Arbeiten zu verbessern. Im Bauantragsverfahren sind in allen Bundesländern einheitliche Formen der digitalen Einreichung und Prüfung vorzusehen.

Neue Technologien wie die Implantation von **Künstlicher Intelligenz (KI)** verändern die Rahmenbedingungen. Chancen und Risiken werden neu verteilt. Der BDB setzt sich dafür ein, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen, Haftungen und Risiken beim Arbeiten mit BIM nicht zu einer Benachteiligung der Planenden führen.

Die Anwendung von BIM und KI in der Praxis benötigt weitere Impulse und einen Nachfrageschub. Auch die großen öffentlichen **Hochbauvorhaben sollten daher in BIM ausgeschrieben und die digitalen Planungsstandards weiterentwickelt werden.**

Der BDB gestaltet die digitale Transformation und hat mit „**Baumeister:lich 4.0 digital_integral_nachhaltig**“ ein neues Qualitätssiegel für BDB-Mitglieder entwickelt.

Wir arbeiten für faire Vergabeverfahren und weniger bürokratische Lasten

Zur Baukultur in Deutschland gehört auch die kleinteilige Bürostruktur der Planerinnen und Planer. Sie sichert die Vielfalt und macht sie weniger anfällig für konjunkturelle Schwankungen. Die Bundesregierung bleibt aufgefordert, die Vergabe von Planungsleistungen nicht bürokratisch zu belasten. **Die Schwellenwerte, ab denen europaweit ausgeschrieben werden muss, sind auf 750.000 € zu erhöhen** und Ausschreibungsanforderungen wie Büro-Mindestgrößen, Mindestumsätze oder Anforderungen an Referenzprojekte zu reduzieren, damit auch die kleineren Büros Chancen auf einen Zuschlag haben. Zuschläge sind konsequent nach qualitativen und nicht nach preislichen Kriterien zu erteilen.

Der BDB setzt sich dafür ein, dass alle bauaufsichtlich eingeführten und im Planungsprozess zu beachtenden **DIN-Normen frei zugänglich** gemacht werden, was unsere Ansicht nach verfassungsrechtlich auch geboten ist.

Wir fördern eine anspruchsvolle Ausbildung der Architekt:innen und Ingenieur:innen

Gutes Planen und Bauen setzt eine exzellente, umfassende und berufsqualifizierende Ausbildung an den Hochschulen im europäischen Konsens voraus. Die Verkürzung von Ausbildungsgängen, damit Absolvent:innen möglichst schnell auf den Arbeitsmarkt kommen, führt zu einem Zielkonflikt. Der BDB fordert, dass die ingenieurtechnischen Studiengänge einen **Anteil an MINT-Fächern von mindestens 70 Prozent** enthalten. Das erfordert aus unserer Sicht eine **Mindeststudiendauer von 8 Semestern**. Darüber hinaus muss die Ausbildung unbedingt praxisorientierter werden. Hierzu gehört unter anderem die vertiefte Vermittlung von kommunikativen Kompetenzen, des interdisziplinären Arbeitens oder des Baubetriebs.

Wir beleben die Partnerschaft am Bau – für eine faire Lastenverteilung

Das Planen und Bauen von Gebäuden und Bauwerken ist eine komplexe Aufgabe, die verschiedene Fachdisziplinen zur Zusammenarbeit zwingt. Diese Zusammenarbeit funktioniert nur dann gut, wenn sie auf Partnerschaft beruht. Die Beteiligten müssen die Möglichkeiten und Grenzen des jeweils anderen kennen und respektieren. Risiken müssen der Partei zugewiesen werden, die sie bestmöglich beherrschen kann. Es müssen faire vertragliche Absprachen getroffen werden. Das Architekten- und Werkvertragsrecht belastet Architekt:innen und Ingenieur:innen im Rahmen der gesamtschuldnerischen Haftung einseitig, denn sie wird der Zuweisung von Verantwortung für Schlechtleistungen, die auf Seiten der Bauausführung beruhen, nicht gerecht.

Der BDB pflegt und lebt Partnerschaft am Bau schon durch seine interdisziplinäre Mitgliederstruktur. Der rechtliche Rahmen sollte so gestaltet werden, dass er den partnerschaftlichen Umgang fördert und die Haftung für Fehler dort verortet, wo sie in erster Linie anfallen. Alternativ sollten Bauherren durch eine verpflichtende Projektversicherung vor Forderungsausfall geschützt werden.

Wir leben den baumeisterlichen Gedanken – auch in Zukunft

Der Baumeister alter Prägung hatte Kenntnisse in Planung und Tragwerkstechnik und war gleichzeitig ausführender Unternehmer. In der spezialisierten und arbeitsteilig organisierten Bauwelt von heute und gemessen an den gegenwärtigen baulichen Herausforderungen, ist eine solche Kombination in einer Person lebensfern. **Zukunft hat jedoch das ganzheitliche, integrale Planen und Bauen:** Bauwerke müssen in ihrer Gesamtheit funktionieren, nicht nur

in ihren Einzelteilen. Bauherren fordern daher zu Recht, dass **alle am Planen UND Bauen Beteiligten** zusammenarbeiten und ihr Know-how bei der Lösung der gemeinsamen Bauaufgabe partnerschaftlich einbringen.

Das integrale Planen und Bauen sollte wiederbelebt und im Rahmen einer Spezialisierung und auf der Basis von **Aus- und Fortbildung** vermittelt werden. Ziel ist die besondere Befähigung, alle Planungs- und Ausführungsbereiche zu überblicken und (BIM-basiert) zu koordinieren und zu steuern.

Wir stärken die Versorgungswerke der Architekt:innen und Ingenieur:innen

Die Versorgungswerke der freien Berufe sind eine große sozialpolitische Errungenschaft, denn sie verhindern Altersarmut für die Berufsträger:innen. Die Versorgungswerke müssen daher als ein Baustein der Altersversorgung erhalten und geschützt werden. Das setzt voraus, dass auch Erwerbsbiografien, die nicht immer gradlinig verlaufen, zu keinem Verlust der Mitgliedschaft führen. Dies gilt insbesondere für häufige Wechsel zwischen freischaffender und angestellter Beschäftigung oder auch für Tätigkeiten, die sich nach Ansicht der Deutschen Rentenversicherung zeitweise außerhalb klassischer Berufsfelder bewegen.

BDB | August 2025

Wir sind der Ansprechpartner für Politik und Verwaltung in den Kernthemen der Berufspolitik von Architekt:innen und Ingenieur:innen. Gerne diskutieren wir und beraten zu den vielschichtigen Zukunftsaufgaben des Bauens.